



Europa Aktuell 3/2022

Kommunales Abwasser – Klagen gegen Malta und Polen

Die Umsetzung der Abwasserrichtlinie wird streng überwacht, Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten stehen leider regelmäßig auf der Tagesordnung. Aktuell sind Malta und Polen betroffen.

In Österreich werden die Bestimmungen der EU-Abwasserrichtlinie zu 100% erfüllt, das geht aus dem jüngsten Bericht über den Umsetzungsstand der Richtlinie hervor. Im EU-Schnitt liegt der Umsetzungsgrad aber bei nur knapp 76%.

Nachdem die Kommission bereits 2018 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen [Polen](#) eingeleitet hatte, in der Zwischenzeit aber keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden sind, wird Polen nun geklagt. Denn in 1.000 polnischen Gemeinden gibt es weder Kanalisation noch Abwasserbehandlung, in 415 Gemeinden, wo Abwässer in sensible Gebiete eingeleitet werden, gibt es keine weitergehende Behandlung. Polen hätte die Richtlinie schon 2015 vollumfänglich umsetzen müssen, im Falle einer Verurteilung drohen hohe Strafzahlungen und Taggelder.

[Malta](#), wo die Richtlinie seit 2007 vollständig umgesetzt sein müsste, verfügt zwar über eine umfassende Kanalisation, die Kapazitäten der Abwasserbehandlungsanlagen sind jedoch nicht ausreichend, vielerorts müssten die Kläranlagen nach- bzw. aufgerüstet werden. Auch Malta drohen empfindliche Strafen im Falle einer Verurteilung.

<https://water.europa.eu/freshwater/countries/uwwt>

RGRE veröffentlicht Studie über territoriale Trends

Die [TERRI-Studie](#) des europäischen Dachverbands RGRE gibt einen Einblick, wie sich lokale und regionale Gebietskörperschaften zwischen 2012 und 2021 entwickelt haben, wo es Zentralisierung oder Dezentralisierungstendenzen gab und welche Auswirkungen COVID hatte.

In 22 der 40 untersuchten Länder ging die Zahl der Gemeinden zurück, in Estland und Lettland sogar um 65%. Mehr Gemeinden gibt es im Beobachtungszeitraum innerhalb der EU nur in Bulgarien, Griechenland, Slowenien und Tschechien, wobei die Zuwächse mit max. 2% sehr bescheiden waren. Nur in Montenegro ist mit 19% eine signifikante Zunahme an Gemeinden zu verzeichnen.



Gemeindezusammenlegungen geht oft ein Prozess der forcierten interkommunalen Zusammenarbeit voraus. Island, Italien und Frankreich verpflichteten Gemeinden mit weniger als 8.000 Einwohnern zur Stärkung interkommunaler Strukturen, dies wirkte sich jedoch positiv auf freiwillige Zusammenschlüsse aus.

Auch wird gezeigt, dass Gebietsreformen oft mit neuer Kompetenzverteilung einhergehen. So nahmen die Aufgaben der niederländischen und portugiesischen Gemeinden v.a. im Gesundheitsbereich zu, während in Finnland mit neu geschaffenen Gesundheitsregionen das Gegenteil geschah.

Die interaktiv aufgebaute Studie erlaubt einen umfassenden Einblick in territoriale Entwicklungen und Trends und ermöglicht die gezielte Suche nach Länderprofilen. Neu ist ein eigenes Kapitel über die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Gesundheitsbereich.

<https://terri.cemr.eu/en/>

Kohäsionsbericht geht Trends noch weiter auf den Grund

Der [achte Kohäsionsbericht](#) zeigt, wie sich die europäischen Regionen seit der Finanzkrise entwickelt haben und welche Rolle EU-Förderungen dabei gespielt haben. Auf die Auswirkungen von COVID-19 wird gesondert eingegangen. Österreich zählt gesamt wieder zum europäischen Spitzenfeld.

Insgesamt hat die EU-Kohäsionspolitik weiter dazu beigetragen, regionale Unterschiede zu reduzieren. Schlechter entwickelte Regionen haben sich verbessert, dennoch konzentriert sich das Wachstum weiterhin in Städten und bereits erfolgreichen Gebieten. Bedenklich ist, dass Übergangsregionen vielerorts nicht weiter aufholen und ebenso unter Abwanderung leiden wie die weniger entwickelten Gegenden. Der ländliche Raum ist von diesem Phänomen besonders betroffen, was wohl auch auf bestätigte Versorgungsmängel bei ÖPNV und Breitband sowie äußerst geringe Forschungs- und Innovationstätigkeit zurückzuführen ist.

Für die aktuelle und nächste Förderperiode wird daher die Empfehlung ausgesprochen, Stadt-Umland-Verbindungen sowie Kleinstädte als regionale Zentren zu stärken.

Der Finanzkrise geschuldet ist die Tatsache, dass im letzten Förderzeitraum die Kofinanzierungsrate öffentlicher Projekte von durchschnittlich 34% auf 52% angestiegen ist – in Griechenland hätte es wohl keine öffentlichen Investitionen gegeben, wenn nicht Projekte zu 80% oder mehr aus EU-Töpfen finanziert worden wären.

Das stärkste BIP-Wachstum war 2001-2019 in Osteuropa zu verzeichnen, das geringste im Mittelmeerraum. In Österreich gab es immerhin ein moderates Wachstum von 1-1,5%.

Der Bericht wird auch im Mittelpunkt des achten [Kohäsionsforums](#) am 17./18. März stehen, welches dieses Mal hybrid stattfinden wird und zu dem sich Interessierte noch bis 25. Februar anmelden können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_762

Neues Bauhaus – auch Gemeinden können sich bewerben

Bis 28. Februar können sich Gemeinden für den zweiten Europäischen Bauhauspreis bewerben. Gesucht werden Bauprojekte, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion berücksichtigen und einem der thematischen Schwerpunkte zuordenbar sind.

Der erste Europäische Bauhausaward 2021 ging an den Vorarlberger Lehmbaupionier Martin Rauch. Auch dieses Jahr sind wieder Preise für nachhaltige, ästhetische und inklusive Bauprojekte ausgeschrieben, Gemeinden steht die Teilnahme ebenso offen wie Privatpersonen und Projektträgern. Ein eigener Ideenwettbewerb für unter-30-Jährige (Rising Stars) prämiiert visionäre Ideen, die noch nicht umgesetzt sind.

Für den eigentlichen Bauhauspreis können sich fertige Projekte bewerben, deren Umsetzung maximal zwei Jahre her ist und die einem der vier Schwerpunkte zugeordnet werden können.

- Rückbesinnung auf die Natur;
- Wiedererlangung des Zugehörigkeitsgefühls;
- Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen;
- Langfristiges Lebenszyklusdenken in industriellen Ökosystemen;

Anträge können bis 28. Februar eingereicht werden. Der Hauptpreis ist in jeder Kategorie mit 30.000 Euro dotiert, die Rising Stars erhalten 15.000 Euro. Detaillierte Informationen finden sich im deutschsprachigen [Leitfaden](#) sowie auf der [Homepage](#) der Bauhausinitiative.